

Verantwortlich: Klaus Hupperth

24.01.2008

### ***CDU begrüßt Masterplan zur Behebung von Defiziten der naturwissenschaftlichen Unterrichtsräume an weiterführenden Schulen***

**Hupperth: „Die Untersuchung zeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht!“**

**Leverkusen.** Die Verwaltung hat nunmehr den Handlungsplan zur Behebung von Defiziten der naturwissenschaftlichen Unterrichtsräume der weiterführenden Schulen vorgelegt. In einem umfassenden Gutachten wurde eine grundlegende Bestandsaufnahme der Ausstattung im naturwissenschaftlichen Bereich an allen weiterführenden Schulen vorgenommen und der notwendige Handlungsbedarf ermittelt. Die CDU Fraktion begrüßt diesen Masterplan ausdrücklich.

Bernhard Marewski, schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Die Verwaltung hat hier gute Arbeit geleistet. Jetzt wissen wir endlich einmal umfassend und detailliert, wie es in diesem Bereich an den weiterführenden Schulen in unserer Stadt bestellt ist.“

Nach den Untersuchungen der Verwaltung ergibt sich ein Finanzbedarf in Höhe von ca. 11,3 Mio. € für Investitionen in bauliche Maßnahmen, Lehrmittel- und Medienausstattungen sowie Mitteln für die kontinuierliche Erneuerung der naturwissenschaftlichen Bereiche.

Die Untersuchung hat auch gezeigt, dass der Handlungsbedarf bspw. an den Gymnasien mit 86 % am höchsten ist, wobei die Gesamtschulen mit einem Bedarf von nur ca. 15 % vergleichsweise sehr gut aufgestellt sind. Damit auch die anderen Schulformen in einem fairen Wettbewerb zu den Gesamtschulen stehen gilt es jetzt, diese Defizite zu beseitigen.

Marewski: „Hier muss dringend etwas geschehen. Leverkusen ist aufgrund seiner Geschichte, nicht nur im Chemiebereich, eine Kommune, in der die Naturwissenschaften immer einen hohen Stellenwert hatten. Das muss auch in Zukunft gewährleistet sein.“

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Klaus Hupperth, stellt in diesem Zusammenhang klar: „Die Summe ist erschreckend hoch und zeigt, dass hier in den letzten Jahren zu wenig investiert wurde. Jetzt gilt es in einem weiteren Schritt zu prüfen, inwieweit die Maßnahmen durch Fördermittel bezuschusst werden können. Es muss aber in jedem Falle gehandelt werden. Zum Wohle unserer Kinder!“